

Der neue § 6 KAG NRW im Zeitalter des Klimawandels und der zunehmenden Starkregenereignisse

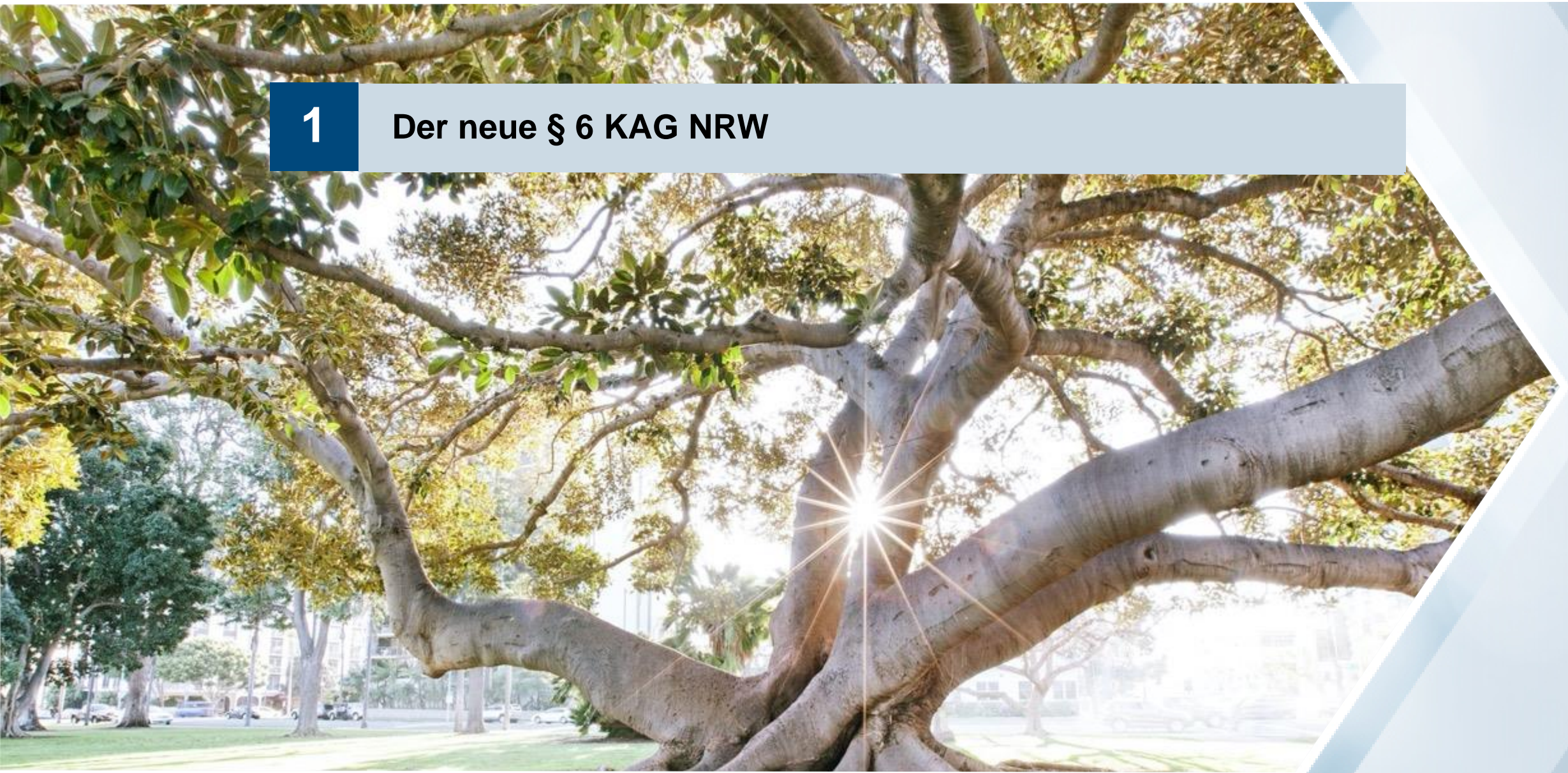
unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung zur Beseitigung des Niederschlagswassers und zur Niederschlagswassergebühr

22.03.2023 Dr. jur. Peter Queitsch (Geschäftsführer)



1

Der neue § 6 KAG NRW



Änderung des § 6 KAG NRW

Art. 1 des Zweiten Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften

- Landtags-Drucksache 18/997 vom 21.09.2022
- Landtags-Drucksache 18/1894 vom 25.11.2022
- Änderungsantrag von den Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen - Landtags-Drucksache 18/1974 vom 06.12.2022 am 7.12.2022 angenommen
- **Hinweisschreiben des MHKBD NRW vom 08.12.2022 u. a. an Städte/Gemeinden**

in Kraft treten: einen Tag nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt (Art. 4)

Verkündung am 14.12.2022 im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW am 14.12.2022 (GV. NRW 2022, S.1063); Inkrafttreten somit am 15.12.2022

§ 6 Abs. 2 KAG NRW neue Fassung

- § 6 Abs. 2 Satz 1 KAG NRW:
- Kosten im Sinne des § 6 Absatzes 1 sind die **nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten**
- Wichtig:
- **In § 6 Abs. 2 Satz 2 bis 5 KAG NRW**
- sind nunmehr die Eckpunkte der **kalkulatorischen Abschreibung und Verzinsung** erstmals in allen Einzelheiten geregelt
- **verbindliche Eckposten für eine rechtmäßige Kalkulation und der insoweit zulässigen maximalen Kostenansätze**

laufende Betriebskosten – Kosten für langlebige Anlagegüter

- **Langlebige Anlagegüter** (wie z. B. Schmutzwasser- und Regenwasserkanäle, Kläranlagen, Müllverbrennungsanlagen, Vergärungs-/Kompostierungsanlagen, Müllfahrzeuge) **müssen kalkulatorisch nach einer mutmaßlichen Nutzungsdauer gleichmäßig abgeschrieben werden (§ 6 Abs. 2 Satz 4 KAG NRW und § 6 Abs. 3 Satz 2 KAG NRW - kommunalabgabenrechtliches Äquivalenzprinzip)**
- **Vereinfachtes Beispiel: Öffentlicher Kanal kostet 100 € (Anschaffungs-/Herstellungswert) und wird auf 50 Jahre abgeschrieben, so können jedes Jahr 2 € in die Gebührenkalkulation eingestellt werden**
- **Wichtig: nur Anlagegüter, die einem zeitbedingten Wertverzehr unterliegen, sind abschreibungsfähig (z.B. öffentliche Kanäle, Kläranlagen, Regenrückhaltebecken mit nachgeschaltetem Bodenfilter)**
- **nicht der Abschreibung zugänglich: Grundstücke, mit Ausnahme von Deponie-Grundstücken (OVG NRW, Urteile vom 19.5.1998 – Az.: 9 A 5709/97 – und 19.9.1997 – Az.: 9 A 3372 und 3373/96)**
- **Mindest-Abschreibungsdauer bei öffentlichen Abwasserkanälen: **50 Jahre** belegt durch Kanalerneuerungsraten (OVG NRW, Beschluss vom 20.7.2009 – Az.: 9 A 1965/08 –)**
- **laufende Unterhaltungs- und Betriebskosten fließen in die aktuelle auf das Kalenderjahr kalkulierte Gebühr ein**

§ 6 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 KAG NRW neue Fassung

- Kalkulatorische Abschreibung:
- **Wortlaut:** „Zu den Kosten gehören auch Abschreibungen auf das betriebsnotwendige Anlagevermögen, die nach der mutmaßlichen Nutzungsdauer oder Leistungsmenge **gleichmäßig** zu bemessen sind;
- den Abschreibungen sind die fortgeschriebenen Anschaffungs- oder Herstellungskosten **oder (!)**
- Wiederbeschaffungszeitwerte zugrunde zu legen.“
- **Damit wird das Wahlrecht** zwischen einer kalkulatorischen Abschreibung auf der Grundlage des Anschaffungs- und Herstellungswertes **oder** Wiederbeschaffungszeitwertes gesetzlich ausdrücklich klargestellt, so wie es das OVG NRW mit Urteil vom 17.05.2022 (9 A 1019/20) entschieden hat
- **„Fortgeschrieben“** ist der Hinweis darauf, dass bei der kalkulatorischen Abschreibung Jahr für Jahr **der jeweilige „Restbuchwert“ neu zu bestimmen ist**

§ 6 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 KAG NRW **neue Fassung**

- Kalkulatorische Verzinsung: Zu den ansatzfähigen Kosten gehören
- **eine angemessene Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals**, bei dessen Ermittlung die aus Beiträgen, Zuschüssen und Zuweisungen aufgebrauchten Kapitalanteile außer Betracht bleiben;
- bei der entweder ein einheitlicher Nominalzinssatz oder ein nach Eigen- und Fremdkapital getrennt ermittelter Zinssatz angewandt werden kann (**Wahlrecht aus 2 Varianten**)
- Variante 1:
- im Fall des einheitliches Nominalzinssatzes kann der sich **aus dem 30jährigen Durchschnitt der Emissionsrenditen für festverzinsliche Wertpapier inländischer öffentlicher Emittenten ergebene Nominalzinssatz** für die einheitliche Verzinsung des in der Einrichtung gebundenen betriebsnotwendigen Kapitals verwendet werden
- Variante 2:
- im Fall des nach Eigen- und Fremdkapital getrennt ermittelten Zinssatzes kann für den Anteil des in der Einrichtung gebundenen **Fremdkapitals der durchschnittliche Fremdkapitalzins** und für den Anteil des in der Einrichtung gebundenen **Eigenkapitals der sich aus dem 30-jährigen Durchschnitt** der Emissionsrenditen für festverzinsliche Wertpapiere inländischer öffentlicher Emittenten ergebene Nominalzinssatz zugrunde gelegt werden, **sowie ...**

Rechtsfolgen für die kalkulatorische Abschreibung und Verzinsung

Rechtsfolgen für die Gebührenkalkulation

- Es kann nach Anschaffungs-/Herstellungswert oder Wiederbeschaffungszeitwert abgeschrieben werden (**Wahlrecht**)
- Kalkulatorische Verzinsung:
- Bei Einsatz von **Fremdkapital** ist der Ansatz des durchschnittlichen Fremdkapitalzinses zulässig (effektiver Jahreszinssatz – Nominalzinssatz der Bank)
- und zwar auch bei einer Abschreibung nach dem Wiederbeschaffungszeitwert ohne Abzug der allgemeinen Inflationsrate, weil im Gesetz ein Abzug der allgemeinen Geldentwertung nicht vorgegeben ist, denn es ist von dem Nominalzinssatz die Rede und dieser beinhaltet einen **Ausgleich der allgemeinen Geldentwertung**
- Definition des „Nominalzinssatzes“: **OVG NRW, Urteil vom 17.05.2022 – 9 A 1019/20 – Rz. 48 der Urteilsgründe: Nominalzinssatz = Zinsgewinnanteil (Realzins) + allgemeiner Inflationsausgleich**
- Berechnung des durchschnittlichen Fremdkapitalzinses:
- **Rz. 160 ff. des OVG-Urteils vom 17.05.2022 – 9 A 1019/20 – :**
- ein nach den **jeweiligen Kreditsummen gewichteter Durchschnittszinssatz** aus den **Zinssätzen aller Investitionskredite der Gemeinde zu einem bestimmten Stichtag** (z. B. 31.12. des Vorvorjahres)

Rechtsfolgen für die Gebührenkalkulation

- Bei dem Einsatz von **Eigenkapital** ist der Ansatz des Nominalzinssatzes zulässig, der sich aus dem 30jährigen Durchschnitt der Emissionsrenditen für festverzinsliche Wertpapiere ergibt (auch hier: **ohne Abzug der allgemeinen Inflationsrate**)
- oder (alternativ):
- es kann ein einheitlicher Nominalzinssatz (!) für Fremd- und Eigenkapital
- gewissermaßen als „Mischzinssatz“ angesetzt werden,
- der sich aus dem 30jährigen Durchschnitt der Emissionsrenditen für festverzinsliche Wertpapiere ergibt und zwar auch bei einer Abschreibung nach dem Wiederbeschaffungszeitwert ohne Abzug der allgemeinen Inflationsrate

Kalkulatorische Abschreibung und Verzinsung nach Anschaffungs-/Herstellungswert

Anschaffungs-/Herstellungswert

- Kalkulatorische Abschreibung:
- **gleichmäßige** Abschreibung nach einer mutmaßlichen Nutzungsdauer

- Kalkulatorische Verzinsung:
- Bei Einsatz von **Fremdkapital** ist der Ansatz des **durchschnittlichen Fremdkapitalzins** zulässig (effektiver Jahreszinssatz – Nominalzinssatz der Bank) und
- Bei **Eigenkapital** ist der Ansatz des Nominalzinssatzes zulässig, der sich **aus dem 30jährigen Durchschnitt** der Emissionsrenditen für festverzinsliche Wertpapier für festverzinsliche Wertpapier ergibt
- oder (!)
- es kann ein einheitlicher Nominalzinssatz für Fremd- und Eigenkapital als „Mischzinssatz“ angesetzt werden, der sich aus dem 30jährigen Durchschnitt der Emissionsrenditen für festverzinsliche Wertpapiere ergibt

Durchschnittszinssatz für 30 Jahre (www.bundesbank.de) (Berechnungs-Bezugspunkt: Vorvorjahr des Gebühren-Veranlagungsjahres)

- Gebühren-Veranlagungsjahr

• 2020	Mittelwert 1989 bis 2018:	4,07 %
• 2021	Mittelwert 1990 bis 2019:	3,84 %
• 2022	Mittelwert 1991 bis 2020:	3,54 %
• 2023	Mittelwert 1992 bis 2021:	3,25 %
• 2024	Mittelwert 1993 bis 2022:	3,03 %

- [vgl. hierzu die Tabelle der Kommunal Agentur NRW](#) (wird im Nachgang noch einmal an die Teilnehmenden versandt)

Kalkulatorische Abschreibung und Verzinsung nach **Wiederbeschaffungswert (WBZ)**

Abschreibung nach dem Wiederbeschaffungszeitwert

- Kalkulatorische Abschreibung:
- Es kann der Wiederbeschaffungszeitwert auf der Grundlage der güterspezifischen Preissteigerung (soweit vorhanden) oder aufgrund der allgemeinen Preissteigerung (Verbraucherkostenindex) berechnet werden (vgl. Rz. 103 ff., Rz. 121 der Urteilsgründe des OVG NRW-Urteils vom 17.05.2022 - 9 A 1019/20 -)
- Kalkulatorische Verzinsung:
- Bei Einsatz von Fremdkapital ist der Ansatz des durchschnittlichen Fremdkapitalzinses zulässig (effektiver Jahreszinssatz – Nominalzinssatz der Bank) und zwar bei einer Abschreibung nach dem Wiederbeschaffungszeitwert ohne Abzug der allgemeinen Inflationsrate, weil im Gesetz nicht vorgegeben !
- Bei Eigenkapital ist der Ansatz des Nominalzinssatzes zulässig, der sich aus dem 30jährigen Durchschnitt der Emissionsrenditen für festverzinsliche Wertpapier für festverzinsliche Wertpapier ergibt (ohne Abzug der allgemeinen Inflationsrate) oder (!)
- es kann ein einheitlicher Nominalzinssatz (Mischzinssatz) für Fremd- und Eigenkapital angesetzt werden, der sich aus dem 30jährigen Durchschnitt der Emissionsrenditen für festverzinsliche Wertpapier für festverzinsliche Wertpapier ergibt und zwar auch bei einer Abschreibung nach dem Wiederbeschaffungszeitwert ohne Abzug der allgemeinen Inflationsrate

Indexreihen für WBZ (güterspezifische Preissteigerung)

Hochrechnung des Anschaffungs-/Herstellungswertes mittels Indexreihen auf WBZ

- **Verbraucherpreisindex (Allgemeine Inflationsrate) – Statistisches Bundesamt www.destatis.de – Verbraucherpreisindizes für Deutschland - Lange Reihe seit 1948 – Stand: 5/2022 - S. 5 - Statistik-Code 61111), z. B.: 2021: 3,1 %, 2020: 0,5 %, 2019: 1,4%, 2018: 1,8 %, 2017: 1,5 %) -**
- **Baukostenindizes (www.destatis.de Statistik-Code 61261-0001 – Hochbau und Statistik-Code 61262-003 für Tiefbau)**
- **für Wohngebäude (Bauleistungen am Bauwerk) in 2021: 7,5% (Veränderung zum Vorjahr)**
- **für Ortskanäle: „Ausgewählte Baupreisindizes (Bauleistungen am Bauwerk) in NRW“, www.IT.NRW.de (Wirtschaft und Umwelt/Preise/Baupreise)**
- **für Betriebsgebäude: „Ausgewählte Baupreisindizes (Bauleistungen am Bauwerk) in NRW“, www.IT.NRW.de (Wirtschaft und Umwelt/Preise/Baupreise)**
- **für Maschinen: Erzeugerpreisindizes gewerblicher Produkte: Statistik-Code 61241-0001, GP09-28, www.destatis.de**

Zinsbasis

- ist der **Anschaffungs-Herstellungswert-Restbuchwert (!)**
- nicht der **Wiederbeschaffungszeitwert-Restbuchwert**, weil dieses **neue Prozessrisiken** bedeuten würde, denn
- der Landesgesetzgeber
- wollte grundsätzlich nur eine Klarstellung bezogen auf den Ansatz des durchschnittlichen Zinssatzes (30 Jahre statt der 10 Jahre, die das OVG NRW in seinem Urteil vom 17.05.2022 vorgegeben hat) und es sollte keine Rosinenpickerei aus dem Urteil erfolgen
- und:
- die Zinsbasis des **Anschaffungs-Herstellungswert-Restbuchwert** ist auch gerechtfertigt, weil nur dieses Kapital realiter eingesetzt worden ist, um die abwassertechnische Investition zu tätigen

Rechtsfolgen für das Jahr 2023

antizipierte Gebührenerhebung

- Jahresgebühr entsteht satzungsmäßig zum 01.01.2023
- Satzungsbeschluss und Bekanntmachung **musste im Dezember 2022 noch erfolgen,**
- weil bislang ein rückwirkender Satzungsbeschluss nach dem Beginn der Gebührenerhebungsjahres durch die Rechtsprechung **nicht akzeptiert wird**

Erhebung von Vorausleistungen (§ 6 Abs. 4 KAG NRW a. F. bzw. § 6 Abs. 4 Satz 4 KAG NRW neue Fassung)

- **Gebühr entsteht satzungsmäßig (Gebührensatzung) erst am Ende des Erhebungsjahres (31.12.) und**
- **es muss ein End-Abrechnungs-Gebührenbescheid erlassen werden (!)**
- **dieser kann grundsätzlich mit dem Vorausleistungsbescheid für das darauf folgende Erhebungsjahr verbunden werden**
- **zu beachten:**
- **es ist in Gebührensatzung dann nicht nur ein Gebührensatz, sondern auch ein Vorausleistungssatz zu regeln, welcher nicht höher sein darf als der kalkulierte Gebührensatz (Stichwort: angemessen Vorausleistungen)**
- **Dieses folgt aus dem Wortlaut: „Auf die Gebühren können vom Beginn des Erhebungszeitraumes (= 1.1 des Gebührenerhebungsjahres) angemessene Vorausleistungen verlangt werden“**

Schreiben des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes NRW (MHKBD NRW) vom 08.12.2022 u. a. an die Städte und Gemeinden

- Ab dem 15.12.2022 (Inkrafttreten des geänderten § 6 KAG NRW) ist eine gesicherte örtliche Beschlussfassung möglich
- vor dem 15.12.2022:
- gilt zwar die alte Rechtslage und das Urteil des OVG NRW vom 17.05.2022 (9 A 1019/20) ist noch nicht rechtskräftig
- Wird unter Bezugnahme auf das neue Gesetz ein Beschluss gefasst, liegt nach dem Inkrafttreten der Satzung (01.01.2023) hierfür jedenfalls die Rechtsgrundlage (ab dem 15.12.2022) dafür vor, so dass keine unzulässige Rückwirkung vorliegt
- Eine Abrechnung von Vorausleistungen für das Jahr 2022 im Frühjahr 2023 auf der Grundlage des neuen § 6 Abs. 2 KAG NRW stellt laut dem MHKBG NRW einen Fall der **zulässigen tatbestandliche Rückanknüpfung** dar

Rechtsfolgen für das Jahr 2022

antizipierte Gebührenerhebung

- Sind **Gebührenbescheide bestandskräftig** müssen sie nicht mehr aufgehoben werden (**so: OVG NRW, Beschluss vom 20.05.2022 – 9 E 117/20 –**)
- Ist **Widerspruch** eingelegt worden, so muss beachtet, dass die Gebühr bereits zum **01.01.2022** entstanden ist und deshalb eine nachträgliche Anpassung an den neuen § 6 KAG NRW nicht mehr möglich ist, weil dieses erst im Dezember 2022 in Kraft getreten ist (**Keine Rückwirkung !**)
- Gleiches gilt auch für Widersprüche aus den Vorjahren (z. B. 2021),
- weil der § 6 Abs. 2 KAG NRW erst im Dezember 2022 geändert worden ist und nicht für das Jahr 2021 gilt (**keine Rückwirkung !**)
- Deshalb können **Widersprüche für das Jahr 2021 nur auf Grundlage einer Neukalkulation nach tatsächlichen Kosten auf der Grundlage der Vorgaben des OVG NRW (Urteil vom 17.05.2022 (9 A 1019/20) beschieden werden**

aktuelle (nicht bestandskräftige) Gebührenbescheide

- **Nach erfolgter Neukalkulation für Alt-Jahre (2021) muss grundsätzlich ein neuer Gebührensatz durch den Rat beschlossen werden**
- **Zu beachten:**
- **ist das Kalkulationsjahr (z. B. 2021) zeitlich abgelaufen, muss zwingend nach tatsächlichen Kosten (ZDF = harte, tatsächliche Zahlen, Daten, Fakten) neu kalkuliert werden**
- **Kalkulation auf der Grundlage einer Prognose-Gebührenkalkulation ist nach Ablauf des Gebührenerhebungsjahres unzulässig, weil die tatsächlichen Kosten dann bekannt sind, so dass es einer Prognose nicht mehr bedarf**

Erhebung von Vorausleistungen

- Jahresgebühr entsteht satzungsmäßig erst **zum 31.12.2022**
- Satzungsbeschluss und Bekanntmachung **musste im Dezember 2022 noch erfolgen (!)**, weil nach **Ablauf des Veranlagungszeitraumes (2022)**, also ab dem **01.01.2023**, die **Änderung des Gebührensatzes unzulässig** ist (so jedenfalls: Brüning in: Driehaus, Kommunalabgabenrecht, § 6 KAG NRW Rz. 251)
- Ungeklärt ist, ob die **nachträgliche Gebührensatz-Änderung noch vor (!) dem 31.12.2022 (Entstehungszeitpunkt)** möglich gewesen **(ja, so Brüning in: Driehaus, Kommunalabgabenrecht, § 6 KAG NRW Rz. 251, wenn unvorhergesehene Kostenentwicklungen und/oder Maßstabsentwicklungen eintreten)**
- **grundsätzlich vertretbar ist, dass der Kostenansatz ab dem 15.12.2022 neu geregelt worden ist** und sich deshalb die gesetzgeberischen Vorgaben für die kalkulatorischen Kosten vor dem 31.12.2022 geändert haben
- Das **VG Magdeburg (Urteil vom 19.09.2022 - Az. 7 A 660/20MD -)** hat mit Blick auf die Spezialregelung in § 2 Abs. 2 Satz 2 KAG LSA anerkannt, dass eine (Abfall)Gebührensatzung rückwirkend in Kraft gesetzt werden kann und dieses unbedenklich ist, wenn sich die gebührenerhebende Körperschaft im Vergleich zu der wirksamen Vorgängersatzung mit der neuen Satzung **keine Mehreinnahmen verschaffen kann** (Stichwort: keine Beschwer für die Gebührenzahlenden; **keine Rechtsprechung in NRW zu dieser Frage !**)

Rechtmäßigkeit von Satzungsbeschlüssen (Prozessrisiken)

- **Kein Prozessrisiko besteht grundsätzlich nur**, wenn der Satzungsbeschluss nach dem Inkrafttreten des geänderten § 6 KAG NRW (15.12.2022 laut Schreiben des MHKBD vom 08.12.2022) gefasst wird
- **Prozessrisiko**, wenn Ratsbeschluss nur auf der Grundlage des bloßen Landtagsbeschlusses am 08.12.2022 gefasst wird, **weil ein Gesetz in Kraft getreten sein muss um Gültigkeit zu haben (laut des Schreibens des MHKBD vom 08.12.2022 ist auch dieses möglich, weil zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Satzung für 2023, der geänderte § 6 KAG NRW seit dem 15.12.2022 gilt)**
- **Prozessrisiko**, wenn ein Dringlichkeitsbeschluss gefasst worden ist, weil grundsätzlich auch eine Sondersitzung des Rates (auch mit einem einzigen Tagungsortpunkt) z. B. am 22.12.2022 möglich wäre
- **Neuer Satzungsbeschluss auf der Grundlage der tatsächlichen Kosten für das Jahr 2022 in 2023 grundsätzlich nur noch mit der Begründung möglich, dass die alte Gebührensatzung rechtswidrig war, weil die Gebührensätze zu hoch waren (Prozessrisiko; vgl. aber: VG Magdeburg, Urteil vom 19.09.2022 - Az. 7 A 660/20MD – zu Sonderregelung in § 2 Abs. 2 Satz 2 KAG LSA)**

Fremdleistungen Dritter

(§ 6 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 KAG NRW neue Fassung)

§ 6 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 KAG NRW **neue Fassung** **Kosten für Fremdleistungen Dritter**

- sind im Rahmen der Gebührenkalkulation ansatzfähig (§ 6 Abs. 2 Satz 4 KAG NRW a. F.)
- **Wichtig:** Sind Dritte als **technische Erfüllungsgehilfen** eingeschaltet, gilt das Urteil des OVG NRW vom 17.05.2022 **nicht unmittelbar**, weil es in dem Urteil **nicht um sog. Fremdleistungen Dritter** ging, sondern **Gegenstand war die Eigenerfüllung der Abwasserbeseitigung durch die Stadt** (Stichwort: Regiebetrieb, eigenbetriebsähnliche Einrichtung , AöR)
- **Erfolgt keine öffentliche Ausschreibung**, sondern **eine sog. Inhouse-Vergabe (z.B. an eine 100% städtische GmbH)** findet das sog. **öffentliche Preisrecht** Anwendung:
- **Es gilt die Verordnung PR Nr. 30/53 mit den dort geregelten Leitsätzen zur Preisermittlung (LSP)**
- **zuletzt geändert durch die 3. VO vom 25.11.2021 - BGBl. I 2021, S. 4968 – in Kraft getreten 01.04.2022) Anwendung** (vgl. OVG NRW, Urteil vom 27.04.2015 – Az.: 9 A 2813/12 – ; OVG NRW, Beschluss vom 29.03.2012 – Az.: 9 A 1064/10 – ; OVG NRW, Beschluss vom 5.8.2010 – Az.: 9 A 449/09 - ; **VG Düsseldorf, Urteil vom 24.03.2021 – Az.: 16 K 13768/17 – abrufbar unter: www.justiz.nrw.de**)

Kosten für Fremdleistungen Dritter

- **Die Stadt/Gemeinde darf nur Fremdleistungsentgelte des Dritten in die Gebührenkalkulation einstellen, die im Einklang stehen mit den Vorgaben der LSP Nr. 1 bis Nr. 52 der VO PR Nr. 30/53, anderenfalls ist die Gebühr rechtswidrig** (vgl. OVG NRW, Urteil vom 24.11.1999 – 9 A 6065/96 - ; VG Düsseldorf, Urteil vom 24.03.2021 – Az.: 16 K 13768/17 - ; Ebisch/Gottschalk/Hoffjan/Müller, Preise und Preisprüfungen bei öffentlichen Aufträgen, 9. Aufl. 2020, § 8 VO PR Nr. 30/53 Rz. 1; Brüning in: Driehaus, § 6 KAG NRW Rz. 197 b)
- **Nr. 43 LSP** erlaubt dem Dritten nur (!) **den Ansatz des Anschaffungs-/Herstellungswertes und eine maximale Verzinsung von zurzeit 6,5 %** (festgelegt durch das Bundeswirtschaftsministerium und Bundesfinanzministerium gemäß § 43 Abs. 2 LSP)
- **Fremdleistungsentgelte können durch die Verwaltungsgerichte bei einer Klage gegen den Gebührenbescheid überprüft werden (Stichwort: Einhaltung der LSP)**
- **dieses gilt auch für den Fall einer sog. Kanalnetzübernahme gemäß § 52 Abs. 2 LWG NRW bezogen auf den gesonderten Verbandsbeitrag des sondergesetzlichen Wasserverbandes, weil dieser - zumindest gebührenrechtlich - als sog. Fremdleistung Dritter im Sinne des § 6 Abs. 2 Satz 4 KAG NRW eingestuft werden kann (Stichwort: gebührenrechtlicher Grundsatz der Erforderlichkeit der Kosten) – bislang keine Rechtsprechung dazu !**

Klimawandel, Starkregen und Überflutungsschutz

Zeitweilig trockenes Gewässer



Kleiner Bach nach einem Starkregen



Überflutung und die Folgen



22.03.2023

Dr. jur. Peter Queitsch (Geschäftsführer)

Bad Münstereifel am 29.09.2021 nach der Unwetterkatastrophe am 14./15. Juli 2021



Die Ruhr vor der Renaturierung



Die Ruhr nach der Renaturierung



§ 6 Abs. 2 Satz 3 bis 5 KAG NRW neue Fassung

- Grundsätzlich obliegt es der Gemeinde aus **Amtspflicht (§ 839 BGB, Art. 34 GBG)**
- und aus dem öffentlich-rechtlichen **Benutzungsverhältnis (§ 280 Abs. 1 BGB),**
- durch ausreichende **Auslegung des öffentlichen Kanalnetzes die Anschlussnehmer/-innen vor Überschwemmungen zu schützen (so auch: OVG NRW, Beschluss vom 17.4.2012 – Az.: 15 A 1407/11 – OVG NRW, Beschluss vom 16.11.2011 – Az.: 15 A 854/10 - ; vgl. aber: OLG Karlsruhe, Urteil vom 18.04.2013 – Az.: 12 U 170/12 – BADK-Information 4/2103, S. 211 – zur Haftung des Erschließungsträgers)**
- **Kanäle müssten auf bestimmte Niederschlagswassermengen ausgelegt sein (BGH, Urteil vom 11.10.1990 – Az.: III ZR 134/88 - NJW-RR 1991, S. 733; BGH, Urteil vom 05.10.1989 –Az.: III ZR 66/88 - ; OLG Dresden, Urteil vom 31.07.2013 – Az.: 1 U 1156/11 – BADK-Information 4/2103, S. 215 ff. , S.217; OVG NRW, Beschluss vom 17.4.2012 – Az.: 15 A 1407/11 - ; OVG NRW, Beschluss vom 16.11.2011 – Az.: 15 A 854/10)**
- Grundsätzlich **keine Haftung** für einen **ganz außergewöhnlichen und seltenen Starkregen (Katastrophenregen)**, weil dieses den Tatbestand der **haftungsausschließenden, höheren Gewalt erfüllt** (so: BGH, Urteil vom 09.05.2019 – III ZR 388/17 - ; BGH, Urteil vom 05.06.2008 – III ZR 137/07 - ; BGH, Urteil vom 19.01.2006 – III ZR 108/03 - BGH, Urteil vom 22.04.2004 – Az.: III ZR 108/03 –)
- Laut BGH-Rechtsprechung (Urteil vom 22.04.2004 - Az.: III ZR 108/03 -) ist dieses bislang der Fall **wenn die Wiederkehrintensität „1 x so schlimm wie in 100 Jahren vorgekommen“ übersteigt**

- **aber:** Grundstückseigentümer muss es ebenfalls nicht hinnehmen, einmal jährlich einer Überschwemmung durch Niederschlagswasser von der Straße auf sein Grundstück ausgesetzt zu sein (BGH, Urteil vom 11.7.1991 – Az.: III ZR 177/90 – NJW 1992, S. 39ff; OLG Dresden, Urteil vom 31.07.2013 – Az.: 1 U 1156/11 – BADK-Information 4/2103, S. 215 ff., S. 220)
- Ausgangspunkt für die kapazitätsmäßige Auslegung ist der sog. Berechnungsregen
- = Regenereignis, das statistisch in bestimmten Zeitabschnitten wiederkehrt (**DWA A 118 - 2006 – Überstauhäufigkeit** – Wasser kommt aus Kanaldeckeln, bleibt aber auf der öffentlichen Straße)
- daneben gibt es die **DIN EN 752** (Blickwinkel: **Überflutungsschutz für private Grundstücke**)
- **Kein Anspruch des Grundstückseigentümers auf zusätzliche Maßnahmen, wenn die technischen Regelwerke (z. B. die DIN EN 752) beachtet und eingehalten worden sind (so: OVG NRW, Urteil vom 20.06.2022 – 11 A 2800/18 – Rz. 100 - ; ebenso: OVG Niedersachsen, Beschluss vom 15.09.2021 – 1 ME 100/21 -)**
- **Ist der öffentliche Kanal allerdings nach aktuellem Erkenntnisstand kapazitätsmäßig zu klein, ist es die Aufgabe der abwasserbeseitigungspflichtige Gemeinde ihn zu vergrößern (so: OVG NRW, Beschluss vom 11.12.2017 – Az.: 15 A 1357/17 - , OVG NRW, Beschluss vom 17.4.2012 – Az.: 15 A 1407/11 - ; OVG NRW, Beschluss vom 16.11.2011 – Az.: 15 A 854/10 -)**

Wie hilft nun die Neuregelung in § 6 Abs. 2 **Satz 3 und 4** KAG NRW neue Fassung ?

§ 6 Abs. 2 Satz 3 bis 5 KAG NRW neue Fassung

- § 6 Abs. 2 Satz 3 KAG NRW:
- Verkürzt sich die Nutzungsdauer eines betriebsnotwendigen Anlageguts, kann der Restbuchwert auf die verkürzte Restnutzungsdauer (nicht auf die neue Gesamtnutzungsdauer !) verteilt werden
- **Beispiel:** Bei einem öffentlicher Kanal – ursprünglich auf 50 Jahre abgeschrieben – wird im 38. Jahr die Abschreibung auf 40 Jahre verkürzt, dann kann der Restbuchwert im 39. und 40. Jahr komplett refinanziert werden
- **Hinweis:** bei einem hohen Restbuchwert ist die außerordentliche Abschreibung gemäß § 6 Abs. 2 Satz 4 KAG NRW der gebührenverträglichere Weg
- § 6 Abs. 2 Satz 4 KAG NRW:
- **Entfällt die Restnutzungsdauer unerwartet und vollständig, kann der Restbuchwert bei der Ermittlung der Kosten als außerordentliche Abschreibung (!) berücksichtigt werden**
- § 6 Abs. 2 Satz 5 KAG NRW:
- Soweit die Umsätze von Einrichtungen und Anlagen der Umsatzsteuer unterliegen, können die Gemeinden und Gemeindeverbände die **Umsatzsteuer** den Gebührenpflichtigen auferlegen

Außerordentliche Abschreibung (§ 6 Abs. 2 Satz 4 KAG NRW)

- Restbuchwert kann als außerordentliche Abschreibung (!) berücksichtigt werden
- Beispiel:
- Ein öffentlicher Mischwasserkanal muss 10 Jahre vor Ablauf der mutmaßlichen Nutzungsdauer (50 Jahre) durch einen größer dimensionierten Kanal ersetzt werden
- **Zwei Varianten sind grundsätzlich denkbar:**
- Variante 1:
- Anlagegut wird bis zum Ablauf der mutmaßlichen Nutzungsdauer weiter abgeschrieben, obwohl es nicht mehr da ist (im Regelfall die gebührenverträglichste Lösung)
- Variante 2:
- Ausgleich über die Unterdeckungs-Regelung in § 6 Abs. 4 Satz 3 KAG NRW, wonach Unterdeckungen innerhalb von 4 Jahren ausgeglichen werden sollen

Kosten für Maßnahmen der Niederschlagswasserableitung und Niederschlagswasserbewirtschaftung (§ 54 Satz 2 Nr. 7 LWG NRW)

- die dem Schutz vor Überflutung und Verschlammung von Gemeingütern, öffentliche Abwasseranlagen und Grundstücken dienen, **auch zur Klimafolgenanpassung (vgl. Queitsch in: Hamacher/Lenz/Menzel/Queitsch u.a., KAG NRW, § 6 KAG NRW Rz. 181)**
- **Stichwort: Klimaanpassungs-Maßnahme:** § 54 Satz 2 Nr. 7 LWG NRW kann eine Rechtsgrundlage sein, um nachträglich Maßnahmen zur Abwehr von Schäden durch Katastrophenregen (z. B. Bau von Ableitungsgräben, zusätzlicher Einbau von Straßeneinläufen zur Aufnahme von oberirdisch von privaten Grundstücken auf die Straße geleitetem Niederschlagswasser bei Starkregen) **über die Niederschlagswassergebühr finanzieren zu können** (vgl. zur Haftung für unzureichende Kanäle: Queitsch, Wasserrecht, 1. Aufl. 2020, Rz. 328 ff.)
- **Gegebenenfalls kann auch der vorzeitige Austausch eines öffentlichen Kanals vor Ablauf seiner mutmaßlichen Nutzungsdauer (Beispiel: alter Kanal hat 600 DN und neuer Kanal hat 1200 DN erforderlich sein**
- **Pflicht der Gemeinde aus § 5 Abs. 4 Klimaanpassungsgesetz NRW (gilt seit dem 16.07.2021 - GV. NRW. 2021, S. 910 ff.), wonach die Klimaanpassung im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge (wozu auch die Abwasserbeseitigung gehört - § 56 WHG i. V. m. § 46 LWG NRW) zu berücksichtigen ist; gemäß § 47 Abs. 3 Satz 2 LWG NRW sind im ABK sind Maßnahmen zur Klimaanpassung darzustellen**

§ 6 Abs. 4 KAG NRW neue Fassung

§ 6 Abs. 4 KAG NRW neue Fassung

- **§ 6 Abs. 4 Satz 1 KAG NRW:**
- Der Gebührenrechnung kann ein Kalkulationszeitraum von höchstens drei Jahren zugrunde gelegt werden.
- **§ 6 Abs. 4 Satz 2 KAG NRW:**
- **Kostenüberdeckungen** am Ende eines Kalkulationszeitraumes sind innerhalb der **nächsten vier Jahre** auszugleichen.
- **§ 6 Abs. 4 Satz 3 KAG NRW:**
- **Kostenunterdeckungen** sollen innerhalb dieses Zeitraumes ausgeglichen werden.
- **§ 6 Abs. 4 Satz 4 KAG NRW:**
- Auf die Gebühren können vom Beginn des Erhebungszeitraumes an angemessene **Vorausleistungen** verlangt werden



2

Aktuelle Rechtsprechung



OVG Niedersachsen, Beschluss vom 17.01.2023 (Az.: 1 LA 20/22): Bauaufsichtsbehörde kann die Beseitigung anordnen (§ 9 NBauO); Keine Rechtsprechung bislang zu § 8 BauO NRW



22.03.2023

OVG Niedersachsen, Beschluss vom 15.09.2021 – 1 ME 100/21

- **Erfolglöse Dritt-Anfechtungsklage des Nachbargrundstückseigentümers gegen eine erteilte Baugenehmigung für ein Mehrfamilienhaus, weil eine Verschlechterung der Entwässerungssituation bei Starkregenereignissen befürchtet wurde**
- **Laut OVG Niedersachsen (Beschluss vom 15.09.2021 – 1 ME 100/21 – Rz. 12 ff. , 15 der Urteilsgründe): gibt es im Gegensatz zum Hochwasserschutzrecht (§ 78 Abs. 4 WHG – grundsätzliches Bauverbot in festgesetzten Überschwemmungsgebieten - ; § 78 a WHG – Nutzungsbeschränkungen für Grundstücke in Überschwemmungsgebieten - ; § 78 b WHG - Risikogebiete außerhalb von Überschwemmungsgebieten - und § 78 c WHG - Heizölverbraucheranlagen)**
- **bezogen auf Starkregenereignisse (!) keine gesetzliche Grundlage, die das Eigentumsrecht (Art. 14 Abs. 1 Grundgesetz) im Sinne einer Inhalts- und Schrankenbestimmung beschränkt**
- **Rechtsfolge:**
- **Grundstückseigentümer muss sich grundsätzlich (auch) selber schützen, wenn die abwasserbeseitigungspflichtige Gemeinde auf der Grundlage der DIN EN 752 das öffentliche Kanalnetz dimensioniert hat**

Beispiel für Eigenschutz des Grundstückseigentümers (vorher)



Beispiel für Eigenschutz des Grundstückseigentümers (nachher)



Niederschlagswassergebühr

OVG NRW, Urteil vom 20.06.2022 - Az.: 11 A 2800/18 –

- **Niederschlagswasser (§ 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 WHG) = das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen gesammelt abfließende Wasser;**
- **Umkehrschluss: Niederschlagswasser (Regenwasser) auf Rasen, Blumenbeet = kein Niederschlagswasser im abwasserrechtlichen Rechtssinne (so: OVG NRW, Urteil vom 20.06.2022 - Az.: 11 A 2800/18 – Rz. 100 der Urteilsgründe - abrufbar unter: www.justiz.nrw.de; OVG NRW, Urteil vom 17.02.2017 – Az.: 15 A 687/15 - ; OVG NRW, Beschluss vom 17.09.2008 – Az.: 15 A 2174/08 – ; anderer Auffassung aber für Ackerwasser: OLG Düsseldorf, Urteil vom 20.12.2017 – Az.: 18 U 195/11 – nicht angenommen zur Revision durch BGH, Beschluss vom 20.12.2018 – III ZR 5/18 -)**
- **Die Beseitigung des Niederschlagswassers dient dazu, Überschwemmungswasserschäden auf Nachbargrundstücken sowie öffentlichen Verkehrsflächen vermeiden werden (so: OVG NRW, Beschluss vom 28.02.2020 – 15 A 657/19 -);**
- **Wichtig: die Nutzung von Niederschlagswasser (z. B. zur Gartenbewässerung) durch eine Regenwassernutzungsanlage mit einem Überlauf an den öffentlichen Kanal ist nicht ausgeschlossen (so: OVG NRW, Beschluss vom 28.02.2020 – 15 A 657/19 – Rz. 30 der Urteilsgründe); allerdings ist die die Abwasserüberlassungspflicht für das Niederschlagswasser (§ 48 LWG NRW) ebenso mit Art. 14 Abs. 1 GG (Eigentumsrecht) vereinbar und stellt eine zulässige Inhalts- und Schrankenbestimmung im Sinne des § 14 Abs. 1 Satz 2 GG dar (so: OVG NRW, Beschluss vom 28.02.2020 – 15 A 657/19 -)**

OVG NRW, Beschluss vom 08.12.2022 (Az. 9 A 28/21)

- **Gebührenpflicht bei der Niederschlagswassergebühr (Regenwassergebühr) für die Ableitung von Niederschlagswasser in den öffentlichen Kanal liegt nur dann vor, wenn der satzungsrechtliche Gebührentatbestand erfüllt ist (vgl. OVG NRW, Beschluss vom 29.10.2019 – Az. 9 A 2287/18-).**
- **Eine Gebührenpflicht besteht – so das OVG NRW – nur bei einer Inanspruchnahme der öffentlichen Abwasserentsorgungseinrichtung (vgl. § 4 Abs. 2 KAG NRW).**
- **Die Beseitigung des Niederschlagswassers muss dabei laut dem OVG NRW – nicht voll umfänglich, aber mindestens zu einem Teil – innerhalb der öffentlichen Abwasseranlage stattfinden (Stichwort: Teil-Inanspruchnahme ist Gesamt-Inanspruchnahme), d. h. es reicht auch die Nutzung eines Kanalstücks aus, durch welches das von dem Grundstück abgeleitete Niederschlagswasser fließt**

OVG NRW, Beschluss vom 22.01.2022 – Az.: 9 E 932/21 –

- Bei dem Betrieb einer **qualifizierten Regenwassernutzungsanlage** kommt es grundsätzlich darauf an, wofür das Niederschlagswasser im Sinne des § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 WHG verwendet wird
- Für **schlichte Regentonnen** muss kein Gebührenabschlag gewährt werden (so: OVG NRW, Beschluss vom 22.01.2022 – Az.: 9 E 932/21 – abrufbar unter: www.justiz.nrw.de)
- Wird das Niederschlagswasser **nur zur Gartenbewässerung benutzt**, so reicht es aus, dass ein **pauschalierter Gebührenabschlag** gewährt wird
- Wird das Niederschlagswasser hingegen als **sog. Brauchwasser (z. B. zum Toilette spülen oder Wäsche waschen)** verwendet, so ist zu berücksichtigen, dass das Niederschlagswasser durch dessen Gebrauch **zum Schmutzwasser im Sinne des § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WHG** wird und deshalb einer Abwasserreinigung in einer öffentlichen Kläranlage zugeführt werden muss
- Deshalb muss für dieses Niederschlagswasser, welches zum Schmutzwasser wird, die **Schmutzwassergebühr** erhoben werden (so zutreffend: **VG Minden, Urteil vom 17.11.2005 - Az. 9 K 4160/04 - abrufbar unter www.justiz.de**); diese Mengen werden durch einen **Wasserzähler gemessen, welcher der Betreiber der Regenwassernutzungsanlage auf seine Kosten installieren und betreiben muss (satzungsrechtliche Vorgabe)**

Regenwassernutzungsanlagen

- **Unter dem Begriff „Brauchwasser“ ist grundsätzlich Wasser zu verstehen, welches keine Trinkwasser-Qualität entsprechenden den Vorgaben in der Bundes-Trinkwasserverordnung haben muss**
- **Unter Beachtung des Grundsatzes der Abgabengerechtigkeit (Art. 3 Abs. 1 Grundgesetz) und des kommunalabgabenrechtlichen Äquivalenzprinzips (§ 6 Abs. 3 Satz 2 KAG NRW) müssen die Gebührenpflichtigen durch einen messrichtig funktionierenden Wasserzähler nachweisen (vgl. OVG NRW hat mit Beschluss vom 07.10.2022 (Az. 9 B 939/22 –), wieviel Kubikmeter Niederschlagswasser durch den Gebrauch zum Schmutzwasser geworden sind.**
- **Auch in diesem Fall wird durch den gewährten Gebührenabschlag bei der Niederschlagswassergebühr bezogen auf die Flächen, welche die qualifizierte Regenwassernutzungsanlage speisen, berücksichtigt, dass der gleiche Liter Niederschlagswasser nicht zweimal in den öffentlichen Kanal abgeleitet wird.**
- **Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung empfiehlt sich gleichwohl, einen pauschalen Gebührenabschlag für die diejenigen Flächen zu gewähren, welche die qualifizierte Regenwassernutzungsanlage (und nicht nur eine schlichte Regenwassertonne) speisen.**

OVG NRW hat mit Beschluss vom 07.10.2022 (Az. 9 B 939/22 –

- Das **OVG NRW** hat mit **Beschluss vom 07.10.2022 (Az. 9 B 939/22 – abrufbar unter: www.justiz.nrw.de – Rubrik Entscheidungen)** ausdrücklich klargestellt, dass **kein Abzug bei der Niederschlagswassergebühr zu gewähren ist, wenn jedwede Angaben zu dem Fassungsvermögen und Mindestrückhaltevolumen der Regenwassernutzungsanlage fehlen**
- Dennoch wird das öffentliche Kanalnetz grundsätzlich nur dann nachhaltig entlastet, wenn die Regenwassernutzungsanlage ein bestimmtes Fassungsvermögen aufweist
- Dieses Fassungsvermögen wird grundsätzlich **erst bei 30 Litern je angeschlossenem qm und einer qualifizierten Regenwassernutzungsanlage mit einem Fassungsvermögen von 4 Kubikmetern erreicht** (so: Dudey /Grüning, KStZ 2005, S. 26 ff., S. 28 f.)
- Es ist aber **grundsätzlich auch denkbar, dass bei Regenwassernutzungsanlagen mit einem geringeren Fassungsvermögen ein geringerer Gebührenabschlag (z. B. 25 %) gewährt wird, denn Regenwassernutzungsanlagen werden grundsätzlich auch bereits mit einem Fassungsvermögen von einem Kubikmeter angeboten.**

OVG NRW, Urteil vom 10.05.2022 – 2 D 109/20.NE BayVGH, Urteil vom 15.03.2022 – 15 N 21.1422 –

- **Bebauungsplan leidet an einem bauplanerischen Abwägungsdefizit**, wenn die Abwasserbeseitigung von Schmutz- und Niederschlagswasser nicht hinreichend durch (zeichnerische oder textliche) Festsetzungen im Bebauungsplan abgesichert wird (so: OVG NRW, Urteil vom 10.05.2022 – 2 D 109/20.NE – abrufbar unter: www.justiz.nrw.de)
- Laut dem OVG NRW müssen in einem **Bebauungsplan bereits die richtige Weichenstellungen auch für den Belang der Entwässerung vorgenommen werden**, denn mit einem nachfolgenden Verwaltungsverfahren (z. B. dem Baugenehmigungsverfahren) können **die Festsetzungen eines Bebauungsplanes nur noch fein- oder nachgesteuert werden**. Ein solches Verfahren kann die Festsetzungen weder korrigieren noch kann es fehlende Festsetzungen ersetzen.
- Bauleitpläne müssen bei ihrer Aufstellung die allgemeinen Anforderungen **an gesunde Wohn- und Arbeitsbehältnisse und die Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung** berücksichtigen (§ 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB).
- Die Abwasserbeseitigung gehört deshalb zu den Belangen, die nach Lage der Dinge regelmäßig in die nach § 1 Abs. 7 BauGB **gebotene bauplanerische Abwägung** einzustellen sind (§ 1 Abs. 6 Nr. 12 BauGB).

Belange des Starkregen- und Überflutungsschutzes (§ 1 Abs. 6 Nr. 1 und Nr. 12 BauGB)

- Das **OVG NRW (Urteil vom 10.05.2022 – 2 D 109/20.NE –)** weist außerdem darauf hin, dass wenige Tage nach dem Beschluss über den Bebauungsplan ein „**Klimaschutzkonzept mit integriertem Handlungsfeld Klimafolgenanpassung**“ beschlossen worden war und in diesem Konzept auch auf Starkregenereignisse und deren Folgen für die städtische Kanalisation eingegangen wird. **Auch hieraus werde das bauplanerische Abwägungsdefizit deutlich, welches letzten Endes die Unwirksamkeit des Bebauungsplanes zur Folge habe (vgl. OVG NRW, Beschluss vom 13.12.2021 – 2 B 1481/21.NE - ; OVG NRW, Beschluss vom 01.12.2021 2 B 343/21.NE)**
- **Grundsätzlich:**
- **Stadt/Gemeinde sollte eine Starkregengefahrenkarte für ihr Gebiet erarbeiten, um die Gefährdungslage sichtbar zu machen, ein Handlungskonzept und Schutzmaßnahmen ergreifen und die Erkenntnisse auch in der Bauleitplanung zwingend berücksichtigen**
- **und in NRW zu beachten:**
- **seit dem 09.11.2022 ist der **Klimaatlas NRW** (www.klimaatlas.nrw.de) freigeschaltet, der u. a. datengestützte Erkenntnisse zu Hitze und Starkregen für jede Stadt/Gemeinde aufbereitet; auch die Starkregenhinweiskarte **des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie (BKG) für Nordrhein-Westfalen (veröffentlicht seit 28.10.2021)** unter: „www.klimaanpassung-karte.nrw.de“ ist in den Klimaatlas eingepflegt worden**



Ansprechpartner/in

Dr. jur. Peter Queitsch

Telefon: 0211 43077-120
queitsch@KommunalAgentur.NRW

Diese Präsentation ist urheberrechtlich geschützt ®. Jegliche, auch auszugsweise Veröffentlichung, Vervielfältigung, Änderung oder sonstige Verwendung ist nur nach schriftlicher Zustimmung der Kommunal Agentur NRW GmbH gestattet.



**Vielen Dank für
Ihre Aufmerksamkeit**